

AKTUELLES AUS DEN REGIONALTEILEN

Kette an Ereignissen wie nie zuvor



Erich Stebegg, Polizei Kapfenberg MITTERBÜCK

KAPFENBERG. Erich Stebegg (61) ist Chef der Polizeiinspektion Kapfenberg und seit 41 Jahren Polizist, aber so eine Häufung an Verbrechen und Unglücksfällen wie in den letzten Tagen hat er noch nie erlebt (S. 16/17). Diese Häufung brachte die Polizeiinspektion nicht nur an die Belastungsgrenze, sie ist auch eine starke psychische Belastung besonders für die jüngeren Beamten, wie Stebegg sagt. Er hofft, dass diese Unglücksserie einmalig war.

„Kritische Entwicklung“ geortet

GRÖBMING. Die Marktgemeinde Gröbming wurde als erste Gemeinde mit weniger als 10.000 Einwohnern vom Landesrechnungshof routinemäßig geprüft. Nun liegt das Ergebnis vor, die Entwicklung der Gebahrung wird im Abschlussbericht als „kritisch“

bezeichnet. Bürgermeister Alois Guggi relativiert die Aussagen, er verweist auf „Zahlenspiele, das Leben im Ort werde nicht berücksichtigt“. Die Empfehlungen werde man so weit wie möglich umsetzen, „aber alles geht einfach nicht“, sagt Gröbmings Ortschef.

Den Dieb gestellt

VOITSBERG. Asylwerber Fahad Al Farha (28) aus Köflach erpapt einen Dieb auf frischer Tat. Gemeinsam mit Qusai Albajati (28) und Hajikhalaf Hassan (20) konnte er den Weststeirer stellen und der Polizei übergeben. Kurios: Der Mann hatte mehrere Kakteen entwendet.



Al Farha, Hassan und Albajati mit dem kuriosen Diebsgut BRUNSKELLE

Wirbel um Nachmittagsbetreuung



Kurt Hohensinner, Stadtrat FUCHS

GRAZ. Ein Infobrief zur Anmeldung für die Tagesbetreuung an städtischen Schulen verunsichert Grazer Eltern. Er hält fest, was zwar schon lange gilt, aber in vielen Schulen anders gehandhabt wird: Kinder, die für die Tagesbetreuung in der Schule angemeldet sind, dürfen erst um 16 Uhr abgeholt werden. Laut Stadtrat Kurt Hohensinner ändert sich jedoch an der Praxis nichts: „Schulen entscheiden autonom, ob Kinder entschuldigt werden.“

„Diktatur“: ÖVP ärgert Freiheitliche

EICHKÖGL. Die Gemeindezeitung von Eichkögl im Bezirk Südoststeiermark sei für Parteipolitik missbraucht worden, kritisiert die FPÖ und bringt Aufsichtsbeschwerden ein. Bürgermeister Johann Einsinger (ÖVP) greift die FPÖ und deren Mandatar Leonhard Meister an, spricht von einer „Diktatur“. Einsinger

sieht die Gemeindezeitung als richtige Plattform für die Kritik: „Ich sehe es als meine Pflicht, die Bürger aufzuklären, was in dieser Partei los ist.“

Alle Storys aus ihrer Region finden Sie in unserer Smartphone-App: [gratis-Download im App Store](#)

Jeder Achte in der Steiermark ist arm

156.000 Menschen haben pro Monat weniger als 1123 Euro, 35.000 trotz Job. Raschere Sanktionen sollen Missbrauch der Mindestsicherung verhindern.

KATRIN SCHWARZ

Wer oder was ist arm? Laut dem neuen Bericht über Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark ist das jeder achte Steirer. Er oder sie muss mit weniger als 1123 Euro pro Monat auskommen, erklärte gestern der Leiter der Landesstatistik, Martin Mayer. Die Zahl habe sich trotz anhaltender Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit seit dem letzten Bericht vor rund zwei Jahren „nicht großartig verändert“. Das heißt, sie ist nicht gestiegen, aber auch nicht zurückgegangen.

Zu verdanken sei die stagnierende Zahl trotz der schwierigen Wirtschaftssituation den sozialen Instrumenten – wie Mindestsicherung, Wohnbeihilfe, Penderbeihilfe oder Heizkostenzuschuss. „Einem stabilen Netz, das hält“, so Soziallandesrätin Doris Kampus, die sich im Rahmen der Präsentation deutlich für die Mindestsicherung (837 Euro) aussprach: „Hier muss nicht gekürzt und nicht gedeckelt werden.“ – Die Mindestsicherung mache mit rund 50 Millionen Euro im Jahr lediglich ein Prozent



Unerwartete Ausgaben können sich

55 Prozent der armutsgefährdeten Personen in der Steiermark nicht leisten

APA/BARBARA GINDEL

des Landesbudgets aus. Die massive Diskussion über dieses Instrument sei unverständlich.

Härte bei Mindestsicherung

Trotzdem sei sie für Veränderungen – was den Vollzug angehe – offen. Vor allem, was den Missbrauch in Einzelfällen betrifft: „Wir werden rascher und stärker sanktionieren, sollte die Mindestsicherung zum Einsatz kommen, wie sie nicht vorgesehen ist.“ Bis zum Sommer werde an

einer Novelle der Gesetzesregelung gearbeitet. Dabei soll auch die Schnittstelle zwischen den Behörden verbessert werden. In der Vergangenheit sei es möglich gewesen, dass „arbeitsunwillige“ Bezieher, denen das AMS das Geld gestrichen hatte, „zur nächsten Behörde gehen und dort um Mindestsicherung ansuchen“, erklärte die Landesrätin und betonte, dass die Mehrheit der Menschen aber arbeiten wollen. Arbeit schützt aber nicht im-

mer vor Armut. Das zeigt sich in der Statistik bei jenen 35.000 Steirern, die als „Working Poor“ gelten. Ihr Einkommen liegt trotz Erwerbstätigkeit unter der Armutsgrenze. „Das sind hauptsächlich Teilzeitbeschäftigte“, skizziert Mayer.

Auch der Bildungsabschluss hat entscheidende Auswirkungen auf die Armutgefährdung: Während bei Menschen mit Pflichtschulabschluss 20 Prozent von Armut bedroht sind,

12,9 Prozent der Steirer sind laut Landesstatistik von Armut betroffen. Das ist rund jeder achte Steirer.

Mit **156.000** hat sich die Zahl der Armutgefährdeten von 2004 bis 2014 nicht signifikant geändert.

65.000 Personen in der Steiermark leben in manifestester Armut. Sie sind in zentralen Lebensbereichen von Einschränkungen (z. B. die Wohnung nicht heizen zu können) betroffen.

1123 Euro Nettoeinkommen – wer diese Summe oder weniger pro Monat zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet.

35.000 erwerbstätige Steirer sind arm, obwohl sie einer Arbeit nachgehen.

Eltern-Haushalte und Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern sind sehr gefährdet. „Wenn wir keine Sozialleistungen hätten, wären 24 Prozent armutsgefährdet“, so Mayer. Hilfen seien in dieser Situation besonders wichtig, bevor sich Armut verfestige, erklärte der Geschäftsführer des IFA Steiermark (Institut für Arbeitsmarktbetreuung und Forschung), Peter Stopbacher. Langzeitarbeitslosigkeit werde zu einer weiteren Hürde.

„Wir brauchen höhere Einkommen“

GRAZ. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler macht stagnierende und sinkende Realeinkommen für das „beschämend hohe Niveau eingefrorener Armut“ verantwortlich. Auch Pensionen und Sozialleistungen seien so knapp bemessen, dass jeder Zweite trotz dieser Leistungen kaum überleben könne.

„Wir brauchen höhere Einkommen und niedrigere Arbeitszeiten, um mehr Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen“, forderte die KPÖ-Klubobfrau in einer Reaktion auf den präsentierten Armutsbericht. Kürzungen im Sozialbereich müssten unbedingt zurückgenommen werden.



„Gäbe es diese Instrumente nicht, hätte Armut noch ganz andere Gesichter. Wir brauchen ein Sozialsystem, das hält.“

Doris Kampus, Soziallandesrätin

GRFY WOLF

BEZUG: ANZEIGEN

multimedia kommunikation my graz

Ideenreich ...

SPARKASSE

Hauptpartner: **WKO** (Wirtschaftskammer Österreich), **Das Land Steiermark**, **Steiermärkische SPARKASSE**

www.gruendermessegraz.at